Nummer 166

Mit Kurszettel — Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jäger, Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sports Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei u. Verlag Ges.m.b.H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. — 75. Jahrgang — Dienstag, 8. April 1930

Schlußduell Macdonald—Briand.

England mißtraut seinem Regierungschef.

Paris, 8. April.

Außenminister Briand tritt heute die Rückreise nach London an.

*

Das innerhalb des englischen Volkes und besonders bei den politischen Parteien bestehende Mißtrauen gegen Macdonalds Haltung in der Frage, wie der § 16 des Völkerbundsstatuts ausgelegt werden soll, kam gestern auch im Unterhause zum Ausdruck. Das konservative Mitglied und frühere Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Loder Lempson brachte einen Vertagungsantrag für die laufende Wohnungsdebatte ein, um die Regierung zu Erklärungen über die Verhandlungen mit Briand zu veranlassen. Der Sinn der Anfrage war, festzustellen, ob durch eine neue Auslegung des Artikels 16 eine für England bindende Vereinbarung getroffen werden könne, ohne daß dem Hause vorher Gelegenheit gegeben werde, Stellung zu nehmen. Der Premierminister lehnte eine solche Beschränkung seiner Handlungsfreiheit grundsätzlich ab, erklärte sich aber bereit, den Führern der Parteien jede Auskunft über den genauen Stand der Angelegenheit zu geben, was schon in den nächsten Tagen geschehen soll.

Diese Bereitwilligkeit fand auf konservativer wie auf liberaler Seite denn auch durchaus Beifall, was Lloyd George nach in ausführlicher Rede begründete, die heute in der Londoner Presse besondere Beachtung findet. Es sei, so erklärte er, sehr wünschenswert, daß man genau wisse, wozu man verpflichtet wäre. Eine derartige Verpflichtung sei eine Frage von Frieden und Krieg. Es bestehe eine beträchtliche Meinungsverschiedenheit darüber, ob England im Jahre 1914 verpflichtet war oder nicht. Jedenfalls sei die Verpflichtung nicht sehr definitiv gewesen. Es war eher eine moralische Verpflichtung, aber jedenfalls hätten die Zweifel darüber anderen zum Vorteil gereicht.

„Wir wollen nicht, daß ein derartiger Zustand wieder eintritt. Wir wollen keine Bindungen, aus denen die Franzosen entnehmen würden, daß wir gewisse Verpflichtungen eingegangen sind, die wir einzugehen nicht beabsichtigten. Daher kann die Fassung irgendeiner Formel später für England verhängnisvoll werden, wenn diese Möglichkeit auch der Regierung heute gar nicht vorschwebt."

Der konservative Antrag wurde schließlich zurückgezogen. Trotzdem dauern Mißtrauen und Sorge vor zu großer Nachgiebigkeit Macdonalds Briand gegenüber an. So bezeichnet der „Daily Telegraph" heute die Unterhauserklärungen Macdonalds als ausweichend und unbefriedigend und berichtet, daß die Auslegungsformel, die Briand nach Paris mitgenommen habe, eine bemerkenswerte Ueberraschung enthalte.

England verspreche nämlich, in Genf künftig mit Frankreich zusammenzuarbeiten,

um die „Lücke" in den Völkerbundssatzungen zu schließen. Diese Lücke bestehe in dem Paragraphen des Artikels 15, der den Mitgliedsstaaten das Recht gebe, zwischen Krieg und Neutralität zu wählen, wenn der Völkerbundsrat keine Einstimmigkeit erzielte. Die Franzosen seien für die Einsetzung eines Schiedsgerichts, das im Falle eines Streites durch Mehrheitsspruch über Recht und Unrecht entscheiden würde, und somit England leicht in einen Krieg mit einer anderen Großmacht verwickeln könnte. Der „Daily Telegraph" stellt einen Widerspruch zwischen Macdonalds Haltung von heute zu derjenigen vor zehn Tagen fest und schließt mit der Warnung: Auch wenn Macdonalds Zusage an Briand nur die Form eines frommen Wunsches hat, wird Frankreich sie doch als eine bindende politische Zusage betrachten. Auch der „Daily Herald" kritisiert im bitteren Tone die krummen Wege der französischen Politik.

Die Lage ist nun aber in letzter Zeit auch dadurch bedenklich geworden, daß die Franzosen doch von einem völligen Scheitern der Londoner Verhandlungen gewisse Nachteile für sich selbst befürchten und deshalb scheinbare täuschende Zugeständnisse machen wollen. Die Pariser Ausgabe des „New-York Herald" bringt angebliche Informationen über den letzten französischen Ministerrat, in dem u. a. über die

Möglichkeit eines neuen kontinentalen Blocks

gesprochen worden sei, welcher Ungarn, Bulgarien, Deutschland und vielleicht auch Rußland umfassen würde. Außerdem könnte die Folge eines Londoner Fiasko sein, daß England das Interesse an der Zusammenarbeit mit den kontinentalen Mächten verliere. Um diese für Frankreich unliebsamen Eventualitäten zu vermeiden, werde Briand in London den Abschluß eines Vier-Mächte-Abkommens ohne Italien ablehnen, aber sich vielleicht damit abfinden, keine neuen Sicherheitsgarantien Englands zu erhalten, die über Völkerbunds- und Locarnovertrag hinausgehen.

Gestern hat auch der italienische Außenminister Grandi noch einmal bei Macdonald vorgesprochen, und dabei, wie „verlautet", noch einmal Italiens Bereitschaft versichert, einer Baupause für Schlachtschiffe zuzustimmen, wobei Frankreich eine Ueberlegenheit von etwa 100 000 Tonnen erhalten würde, und außerdem Frankreich ein Plus an Spezialschiffen zu gewähren. Dagegen habe Grandi

die Forderung der theoretischen Parität aufrechterhalten.

Im übrigen scheint die italienische Regierung sich sehr zurückgehalten und jeden Ausgang der Londoner Konferenz mit nüchterner Kritik aufnehmen zu wollen. Nach Pariser Blättern ist auch eine letzte Unterredung zwischen Grandi und dem französischen Marineminister Dumesnil vollständig ergebnislos verlaufen.

Das Interesse während dieser letzten Konferenztage konzentriert sich also auf das diplomatische Duell Macdonald—Briand. Dabei steht den täglichen Warnungsartikeln der Londoner Blätter wie der gestrigen Unterhausanfrage ein zweifelloser, wenn auch verklausulierter Optimismus in Paris gegenüber. So schreibt der „Matin":

Englands Zustimmung zur Auslegung des Artikels 16 ist gesichert, das bedeutet, daß in den Fällen, in denen der Völkerbundsrat militärische Sanktionen bestimmt, England die Ergreifung dieser Sanktionen ipso facto zuläßt, also die Empfehlungen des Völkerbundsrats unverzüglich Gesetzeskraft erlangen. Das ist ein sehr wertvolles Ergebnis. Diese Nationen (?) werden dem englischen Arbeiterkabinett Dank wissen, daß es dadurch die Ungewißheit der letzten Jahre zerstreut und die englische Politik in aller Klarheit festgelegt hat. Macdonald wird dadurch in Genf großen moralischen Kredit gewinnen (?).

Falls Macdonald nur ein bißchen Menschenkenner ist, wird er gerade aus diesen lobsprüchen des „Matin" die allerernsteste Mahnung für sich entnehmen. Denn wenn der gallische Hahn so triumphierend kräht, ist die Befürchtung des „Daily Telegraph", daß in jedem Augenblick im Namen der Nation eine törichte Handlung begangen werden könnte", sicherlich nur allzu sehr berechtigt.

*

EP **Washington, 8. April.**

Der Senat hat einen Kredit von 10 Millionen Dollar für den Ausbau der Flottenhäfen an der Westküste und auf den hawaiischen Inseln bewilligt. Die Vorlage ist dem Repräsentantenhaus übermittelt worden.

Die Woche der Entscheidung

Reichstag und Regierung.

Die finanzpolitischen Kämpfe.

Der Reichstag nimmt heute 15 Uhr seine Plenarberatungen wieder auf. Nächst den Abstimmungen über das Schanktätengesetz ist eine finanzpolitische Debatte zu erwarten, da dem Reichstag inzwischen die Teile II und III des Deckungsprogramms der Regierung zugegangen sind. Teil I, der die Steuererhöhung betrifft, befindet sich bekanntlich schon seit längerer Zeit im Steuerausschuß. Die beiden anderen Teile, die heute im Reichstag zur ersten Lesung stehen, beziehen sich im wesentlichen auf die Arbeitslosenversicherungsreform, die für 1931 geplanten Steuersenkungen und die Uebergangsregelung des Finanzausgleichs. In der Arbeitslosenversicherung wird dem Reichstag formell noch jener erste Entwurf Dr. Moldenhauers vorgelegt, der unter anderem eine Beitragserhöhung auf 4 Prozent und die Schaffung eines „Roßtodes" von 50 Millionen aus den Industrieobligationen vorsieht. Praktisch wird jedoch die Regierung nicht diesen alten Entwurf vertreten, sondern seine Abänderung im Sinne der bekannten zwischen den bürgerlichen Mittelparteien vereinbarten Kompromißlösung, wegen deren Ablehnung durch die Sozialdemokraten seinerzeit die Regierung Müller geschettert ist. Das Kompromiß enthält keine Beitragserhöhung und verschiebt überhaupt die Entscheidung über die Reform auf einen späteren Zeitpunkt. Die Regierungsparteien werden voraussichtlich noch heute einen Antrag im Sinne des Kompromisses einbringen, und die Regierung wird diesen Antrag ausdrücklich gutheißen.

Die Teile II und III des Deckungsprogramms werden, sobald die erste Lesung im Plenum vorüber ist, sofort den zuständigen Ausschüssen überwiesen und dort mit größter Beschleunigung bearbeitet werden müssen, da die Regierung an ihrer Absicht festhält, den gesamten Komplex der Finanz- und Agrarfragen noch vor Ostern zu verabschieden. Die Schwierigkeiten auf parlamentarischem Gebiet liegen im wesentlichen immer noch bei der Biersteuererhöhung, die, wie wir bereits am Sonntag feststellten, im Steuerausschuß keine Mehrheit gefunden hat. Die Situation hat sich hier seit Sonntag nicht geändert. Dagegen sind gestern die Zollerhöhungen für Benzin und Benzol vom Ausschuß angenommen worden und dürften auch vom Plenum glatt erledigt werden. In den Agrarfragen hat sich das Reichskabinett gestern grundsätzlich geeinigt; verschiedene noch offen stehende Einzelheiten werden heute abend wohl unschwer geklärt werden. Die parlamentarische Erledigung des neuen „Gesetzes zum Schutze der Landwirtschaft" wird sich natürlich in jedem Falle nur gegen den heftigsten Widerstand der Sozialdemokratie vollziehen können, möglicherweise, ja sogar sehr wahrscheinlich, werden auch die Demokraten opponieren, doch ist deren Haltung nicht von Bedeutung, da ja die Deutschnationale Volkspartei aus leicht erklärlichen Gründen unter allen Umständen gezwungen ist, für die Agrarvorlagen zu stimmen. Eine parlamentarische Mehrheit für die Landwirtschaftsgesetze wird sich in jedem Falle, auch gegen die vereinigte Linke mit Einschluß der Demokraten, finden lassen. Die Klippe, an der der Reichstag — nicht die Regierung — scheitern kann, bleibt also nach wie vor die Biersteuer. An der Entschlossenheit des Kabinetts, das Parlament aufzulösen, falls mit der Biersteuer das ganze Deckungsprogramm zusammenbricht, ist nicht zu zweifeln. Spätestens bis Mitte nächster Woche, voraussichtlich aber schon Ende dieser Woche, entscheidet sich das Schicksal des Reichstages.

Das Reichskabinett tritt heute, 16 Uhr, wieder zusammen, um die gestern begonnenen Beratungen über das Agrarprogramm fortzusetzen und zu Ende zu führen. Im Anschluß an die Kabinettssitzung findet eine Besprechung mit den Fraktionsführern der Regierungsparteien statt.

Moldenhauer über die Kassenlage.

Im Steuerausschuß des Reichstags

erstattete heute Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer folgenden Bericht über die Kassenlage des Reiches:

Nach dem dem Haushaltsausschuß im Januar mitgeteilten Material ergaben sich für die Monate Januar bis März die folgenden Ueberschüsse bzw. Fehlbeträge: Januar Ueberschuß von 117 Millionen, Februar Fehlbetrag von 119 Millionen, März Fehlbetrag von 140 Millionen, per Saldo Ende März Fehlbetrag von 142 Millionen. Dieser Fehlbetrag erhöht sich im Laufe der Monate durch Rückzahlung von Krediten um 35 Millionen, durch Steuerausfall bis Ende Februar um 25 Millionen, durch Mehrbedarf für Arbeitslosenversicherung um 20 Millionen. Er betrug Ende März hiernach 282 Millionen. Zur Deckung dieses Fehlbetrages standen zur Verfügung Erlös aus dem Verkauf einjähriger Schatzanweisungen 125 Millionen, Erlös aus dem Verkauf von Effekten 17 Millionen, Mehrertrag aus der Industriebelastung 12 Millionen, aus dem Dezember herübergenommene Einnahme aus den verpfändeten Steuern, die infolge Häufung der Feiertage Ende Dezember erst im Januar frei wurden, 40 Millionen, durch Verschiebung von Ausgaben, teils infolge verspäteten Inkrafttretens des Neuen Plans, teils durch schärfste Drosselung des Ausgabebedarfs 73 Millionen, zusammen 267 Millionen.

Den errechneten Fehlbetrag von 222 Millionen standen mithin Deckungsmittel in Höhe von 267 Millionen gegenüber, so daß Ende März noch ein verfügbarer Bestand bei dem Betriebskredit von 45 Millionen vorhanden war.

Inzwischen sind für

die Regulierung der bei den Banken aufgenommenen Kredite

die folgenden Abmachungen getroffen worden: der Ende März vorigen Jahres aufgenommene Ueberbrückungskredit (350 Mill.) wird in den Monaten April—Oktober mit je 50 Millionen zurückgezahlt. Der Zweihundertmillionenkredit wird mit 100 Millionen im Juli und mit je 50 Millionen im November und Dezember abgedeckt. Die Abdeckung des 210 Millionen-Kredits (Dollarkredits) ist für den Monat Juni vorgesehen. Auf der anderen Seite wird der Erlös aus der Kreuger-Anleihe mit 180 Millionen in den April und mit 280 Millionen in den Juni vorgezogen. Durch diese Kredit- und Anleiheregulierungen und ferner durch das neue Finanzprogramm haben sich die früher aufgestellten Finanzierungspläne in wesentlichen Punkten geändert. Sie sind nunmehr neu aufgestellt worden und führen zu folgendem Ergebnis: Für April Ueberschuß von 125 Millionen, für Mai Fehlbetrag von 228 Mill., für Juni Fehlbetrag von 7 Mill. **per Saldo für erste Vierteljahr Fehlbetrag von 110 Millionen;** für Juli Ueberschuß von 198 Millionen, für August Ueberschuß von 5 Millionen, für September Fehlbetrag von 38 Millionen, **per Saldo für zweite Vierteljahr Ueberschuß von 165 Millionen,** für **dritte Vierteljahr** Fehlbetrag von 123 Millionen. **Hiernach würde Ende Dezember ein Fehlbetrag von rund 70 Millionen vorhanden sein** (110 plus 123 minus 165) hervorgerufen dadurch, daß Ende Dezember die Einlösung der Auslosungsrechte für den Anleihebesitz auf einmal fällig wird und daß im November und Dezember die zweite Hälfte des Zweihundertmillionenkredits abzudecken ist.

Der Schwerpunkt der Bilanz liegt im Mai,

in dem ein Fehlbetrag von 228 Millionen eintritt, zu dessen Deckung nur 125 Millionen Bestände aus April vorhanden sein werden, so daß im Mai noch etwa 100 Millionen fehlen werden. Außerdem wird nach den Vereinbarungen, die im Dezember mit dem Bankenkonsortium getroffen sind, diesem, wenn bis zum 10. April die für die Abdeckung notwendigen Einnahmequellen nicht erschlossen sind, der Restbetrag des Dezemberkredits in Höhe von 300 Millionen kündbar. **Verhandlungen über Streckung der Kündigungsfrist und über die Deckung des Fehlbetrages für Ende Mai sind im Gange.** Für das Ergebnis dieser Verhandlungen wird die Bewilligung der Mittel zur Ordnung des Etats von Bedeutung sein.

Die Bilanz ist aufgestellt unter der Annahme, daß die Einnahmen aus den neuen Steuergesetzen spätestens Anfang Mai zu fließen beginnen, und zwar auf der Basis der Regierungsvorlage. Sie zeigt einen erfreulichen Fortschritt in der Sanierung der Kassenlage, sie ist aber auch jetzt noch, namentlich im entscheidenden ersten Vierteljahr derart angespannt, daß sie durch eine mit einem Steuerausfall verbundene Verzögerung in der Verabschiedung der Deckungsvorlagen erneut gefährdet werden würde.

Kabinett Brüning — und Emil Ludwig!

Die Tatsache, daß der Reichskanzler Brüning den Mut hat, offen den Parteien zu sagen, es ginge schließlich auch ohne sie, hat ihm viel Feinde zugezogen. Es ist möglich, daß dem Kabinett daraus schon in den nächsten Tagen neue parlamentarische Schwierigkeiten erwachsen, daß der Reichskanzler dann zu dem äußersten Mittel, das ihm die Verfassung zur Verfügung stellt, greifen muß. Dann wird für seine Widersacher der Augenblick gekommen sein, in dem sie dem Verhaßten die Zähne zeigen. Zu denen, die die Regierung am schrecklichsten bekrähen, gehört — Emil Ludwig.

Dieser Schriftsteller sieht es schon seit Jahren als seine Hauptaufgabe an, persönlich als Chef der Reklameabteilung für seine rasch zusammengetragenen Werke zu arbeiten und zu reisen. Je mehr er selbst sieht oder das Gefühl hat, daß seine schriftstellerischen Qualitäten sinken, um so stärker rührt er die Trommel. Er versucht, auf seinen Reisen in fremden Ländern den falschen Eindruck zu erwecken, als ob er und seine Werke in ihrer Oberflächlichkeit und in ihrer bewußt einseitig-parteipolitischen Einstellung den deutschen Geist repräsentieren. Sein Trieb, von sich reden zu machen, hat ihn nun auch dazu geführt, noch unmittelbarer als es in mehreren seiner Werke geschieht, öffentlich seine Parteipolitik, nämlich die Politik der Sozialdemokratischen Partei, zu machen. Zu diesem Zweck hat er sich interviewen lassen! Sein Befrager ist der Pariser Korrespondent des Sozialdemokratischen Pressedienstes, der ihm die Frage vorlegte, was Ex. Emil Ludwig, außenpolitisch über die Regierung Brüning-Schiele denke! Als Antwort zitierte der große Politiker Worte eines französischen pazifistischen Deputierten: „Während wir in der französischen Kammer endlich den Krieg liquidieren, tritt der Deutschnationale Schiele in die Reichsregierung." Wir gestatten uns, zu sagen, daß dieser französische Pazifist mit Erfolg auf die politische Unerfahrenheit, um nicht zu sagen Dummheit seines Zuhörers spekulierte. Wir haben von einer Liquidation des Krieges durch Frankreich noch nicht viel erfahren. Es ist schon eine haushohe Dreistigkeit, die Annahme des Youngplanes durch die französische Kammer Liquidation des Krieges zu nennen, denn diese „Kriegsliquidation" sichert Frankreich für viele Jahrzehnte eine Milliardenrente auf Deutschlands Kosten. Sie ist das gläzendste Geschäft, das je ein Staat in der ganzen bisherigen Weltgeschichte machen konnte. Die Gegenüberstellung dieser „Liquidation" mit dem Eintritt Schieles in das Kabinett ist eine gehässige Verkleinerheit, die eines französischen Linkspolitikers durchaus würdig ist. Wir stellen fest, daß Herr Ludwig sie sich zu eigen macht: Ein paar Sätze weiter erklärt Herr Ludwig, keine patriotische Phrase hindere ihn, auszusprechen, daß das Gleichgewicht, die Neukonstruktion und die Zusammenfassung Europas jede nationale Erwägung in den Hintergrund drängen müsse, „sei sie deutsch oder französisch". Er will also die Bahn für die klug ersonnenen französischen Paneuropapläne freimachen und verlangt von Deutschland die Hintansetzung nationaler Erwägungen gegenüber dem französischen Plan, dieses Paneuropa zu beherrschen. Denn auch der französische Pazifist, den Ludwig zitierte, ist national genug, um für die Größe seiner Nation und die Vorherrschaft Frankreichs in der Praxis alles zu tun, auch praktisch mit der pazifistischen Theorie — Herrn Ludwig zu beschwatzen. Es zeugt für die politische Tüchtigkeit dieses Ludwig, daß er sich mit einer Phrase hinters Licht führen läßt.

Nach diesen außenpolitischen Weisheiten „gleitet die Unterhaltung in das innenpolitische Gebiet". Jetzt reitet Don Quichote seinen Klepper gegen den Reichskanzler. „Alle Versuche, die Stimme von zehn Millionen sozialdemokratischer Wähler zu ersticken durch eine gewaltsame Auslegung der Verfassung, würden Deutschland und damit Europa in neue Verwirrungen stürzen, die das Gewissen der reaktionären Führer auf die Dauer nicht verantworten könnte." ... So viel naiver Dreistigkeit steht man zunächst einen Augenblick lang fassungslos gegenüber. Es liegt auf der Hand, daß Emil Ludwig die vom Reichspräsidenten gebilligte Absicht des Reichskanzlers meint, mit Hilfe des Ausnahmeparagraphen der Verfassung zu regieren, falls das Parlament versagt. Herr Ludwig offenbart mit diesem Satz so sehr das Gehirn eines ganz kleinen phrasendrescherischen sozialdemokratischen Zahlabendfunktionärs, daß wir uns innenpolitisch nicht mit ihm auseinandersetzen wollen. Nur auf die Worte „und damit Europa" sei hingewiesen. Herr Ludwig unternimmt hier, im Vertrauen auf das Echo seines Namens, den unverschämten Versuch, der Regierung Brüning für den Fall, daß sie den § 48 anwendet, außenpolitische Schwierigkeiten zu machen. Er hetzt mit der Manier des gelernten Ententepropagandisten Frankreich, das ihn zufudelt, gegen sein Vaterland auf. Wir haben nie etwas anderes von Herrn Ludwig erwartet. Wir müssen aber nunmehr an die zuständigen Stellen, besonders an das Auswärtige Amt, die Frage richten, ob nach diesem gemeinen und arroganten Einmischungsversuch des Herrn Ludwig die amtlichen Vertreter Deutschlands im Ausland noch verpflichtet oder befugt sind, Herrn Emil Ludwig, wie bisher, als prominenten Deutschen zu empfangen, zu behandeln und gesellschaftlich zu lancieren. Wir würden jedenfalls entschieden dagegen protestieren, nachdem Herr Ludwig sich mit dem erwähnten Satz selbst der Verachtung aller anständigen Deutschen preisgegeben hat.

In dem gleichen Ton geht es in dem Interview noch